

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/204

Bonn, den 8. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 2 De Gaulle vor der Entscheidung 86

Zwischen Verfassungsrecht und "einsamen Entschlüssen"

Von G. Markscheffel

3 5 Steine auf dem Weg nach Europa 133

Die britische Labour-Party und die EWG

Von Willi Eichler

Vorstandsmitglied der SPD

6 Freiburg und Fürstentumbrück 20

Sozialdemokratische Wahlsiege

6 Ein grosses, tapferes Leben ist erloschen 22

Zum Tode von Anna Nemitz

7 Restaurative "Linke" im neuen Europa 32

Leute von gestern

Von Walchner Ritter

Chefredakteur Günter Markscheffel

De Gaulle vor der Entscheidung

Zwischen Verfassungsrecht und "einsamen Entschlüssler"

Von G. Markscheffel

De Gaulles Regierung Pompidou ist gestürzt. 39 Stimmen, 36 mehr als notwendig gewesen wären, machten ihr den Garau. Die 17 KP-Stimmen wären also gar nicht notwendig gewesen, um dem Staatspräsidenten de Gaulle begrifflich zu machen, daß der von ihm bewußt herbeigeführte Versuch einer Demütigung des Parlaments dort seine Grenzen hat, wo das Rechtsempfinden und der Widerwille vieler Franzosen gegen jede Art autoritärer Staatsführung sich rühren mußte. Daß de Gaulle nach dem Sturz seiner Regierung ins Manöver fuhr, ist für ihn bezeichnend.

Worum es zur Zeit in Frankreich geht, hat der Generalsekretär der Sozialistischen Partei S.P.I.O., Guy Mollet, in einem Interview mit dem SPD-Pressedienst deutlich gesagt. Das Verhalten der Parlamentsmehrheit zeigte die Berechtigung der von Mollet vorgetragenen Bedenken gegen das Rezept des Staatspräsidenten zur Verfassungsänderung. Das Abstimmungsergebnis in der Pariser Nationalversammlung besagt aber nicht, daß die Parlamentarier etwa undankbar für die grossen nationalen Leistungen de Gaulles wären. Sie wollten dem Präsidenten begrifflich machen, wie wenig sie geneigt sind, einem Nachfolger X noch mehr Vollmacht zu geben, als sie einem de Gaulle fast vorbehaltlos 1958 zu geben bereit gewesen waren.

Absurde Kommentare

Völlig absurd ist die von einigen Kommentatoren deutscher Zeitungen vage angedeutete Möglichkeit, der Sturz der Regierung Pompidou könnte die Quittung für die angeblich von de Gaulle und Adenauer herbeigeführte deutsch-französische Aussöhnung sein. Schon der Gedanke an eine solche Möglichkeit verrät die abgrundtiefe Unkenntnis der Programmatik der entscheidenden politischen Gruppen Frankreichs. Pompidou - und damit de Gaulle - wurde von jenen Parteien und Politikern zurechtgewiesen, die in der Europa-Politik des Staatspräsidenten eine Gefährdung der europäischen Integration und eine Schwächung der NATO erblickten. Schließlich sollte bei aller Freude über den de Gaulle-Besuch in der Bundesrepublik nicht vergessen werden, daß es der französische Staatspräsident ist, der die große politische Union der Völker Europas a b i e h n t und ein "Europa der Vaterländer", möglichst unter der Führung Frankreichs, befürwortet.

Unsinn ist es auch, wenn behauptet wird, de Gaulles Leistung für die wirtschaftliche Wiedergeburt Frankreichs würde "jetzt gefährdet". Der große Plan zur Modernisierung der französischen Wirtschaft und die hierfür erforderliche Gesetzgebung wurden Jahre v o r dem Wiederauftritt de Gaulles auf der politischen Bühne konzipiert und vom Parlament sowie den damaligen Regierungen in die Tat umgesetzt. De Gaulle hat 1958 nicht nur fertige Pläne übernommen, sondern zum Teil bereits realisierte Projekte. Das Sozialprogramm, das Wohnungsbauprogramm und die gesamte Planung für die Modernisierung der französischen Industrie und Landwirtschaft stammen aus der Zeit der Regierung des Sozialisten Mollet.

3. Oktober 1962

Unbestrittene Verdienste, aber...

Unbestritten ist das Verdienst de Gaulles bei der Liquidierung des Algerienkrieges. Aber auch hier muß - der historischen Wahrheit wegen - das berechnete Lob mit einem gewissen Rabatt gespendet werden. Es war die gesamte französische Rechte, die jahrelang j e d e Regierung parlamentarisch und außerparlamentarisch daran hinderte, das Algerierdrama zu beenden. Als sich de Gaulle nach 1958 schließlich den Realitäten Rechnung tragend, anschickte, die Politik eines "Algérie Française" ad absurdum zu führen, k o n n t e er dies nur g e g e n die Rechte und m i t der demokratischen Mitte und der Linken tun.

Neue Perspektiven

Nach dem Parlamentsieg der Opposition wird ein neues Kapitel im Buch der Geschichte Frankreichs aufgeschlagen. Zunächst hat de Gaulle - sicher ungewollt - für ein Novum in der französischen Politik gesorgt. Zum ersten Male seit Jahrzehnten haben die sehr eigenwilligen Parteiführungen der demokratischen Mitte einen Pakt miteinander geschlossen, der sich auch nach der turbulenten Parlamentsdebatte bewähren dürfte. Sie vereinbarten, den Kampf um die Ablehnung der Verfassungsänderung gemeinsam zu führen. Außer den Sozialisten, den Volksrepublikanern (entspricht etwa der CDU) den Radikalsozialen und einer gemischten Gruppe von bürgerlichen Unabhängigen werden sich auch unabhängige große Gewerkschaftsverbände und Kulturorganisationen an der Abwehr einer - wie sie sagen - Verletzung der Verfassung beteiligen. Die Kommunisten sind in dieses Bündnis nicht mit eingeschlossen, da sie bestimmte Forderungen für eine eventuelle Regierungsbeteiligung gestellt hatten.

Die große Unbekannte in der französischen Innenpolitik ist nun die Frage, ob das Bündnis der demokratischen Mitte auch n a c h den Verfassungsreferendum im Wahlkampf für eine neue Nationalversammlung halten wird. Die Linere der Dritten und Vierten Republik bestand in dem Unvermögen der demokratischen Mitte, gemeinsam die radikale Rechte u n d Linke abzuwehren. In einzelnen Wahlkreisen war dies gelegentlich möglich, aber in den großen Entscheidungen, vor allem wirtschafts- und sozialpolitischer Natur, blieben die Gruppen getrennt.

Jetzt hat de Gaulle die Mitte zusammengeschweißt. Vielleicht wird er dadurch unbewußt zum Erneuerer der parlamentarischen Demokratie, die einmal gefestigt, auch ihn - so paradox es klingen mag - noch Jahre als Staatspräsident tragen könnte.

Zugegeben: Diese Perspektive ist gewagt; sie wird aber von vielen Franzosen für möglich gehalten. Es kann sein, daß de Gaulle am 28. Oktober für die Verfassungsänderung eine Mehrheit erhält, nicht nur deswegen, weil er über alle großen Mittel zur Beeinflussung der Massen, wie Fernsehen und Rundfunk, "von smtawegen" verfügt, sondern auch, weil sich viele Franzosen ihm für die Liquidierung des Algerienkrieges zu Dank verpflichtet fühlen. - Aber kurz danach wird das neue Parlament gewählt, und wenn bis dahin die demokratische Mitte konkret sagen kann, wie sie sich die Zukunft Frankreichs vorstellt, ist es durchaus möglich, daß sie in der neuen Nationalversammlung eine regierungsfähige Mehrheit findet. De Gaulle müßte dann entscheiden, ob er Staatspräsident bleiben will oder nicht.

Alle diese Vorgänge mögen für den Außenstehenden verwirrend erscheinen, und sicher wird es nicht an Kommentatoren fehlen, die wieder einmal "das Chaos" in Frankreich prophezeien. Wir meinen jedoch, daß unser Nachbarvolk realistisch und vital genug ist, um auch in den kommenden schweren Wochen die richtigen, das heißt, die der Größe seiner demokratischen Tradition entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

Steine auf dem Weg nach Europa

Von Willy Eichler
Vorstandsmitglied der SPD

Willy Eichler, Mitglied des Parteivorstandes der SPD hat als Vertreter seiner Partei am Parteitag der kritischen Labour Party teilgenommen.

Der diesjährige Parteitag der Labour Party in Brighton war überschattet von der Diskussion über die Frage, ob Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten solle oder nicht. Diese Entscheidung ist nun wahrhaftig nicht einfach, weder für Großbritannien noch für die übrige Welt, und es brauchte also nicht zu überraschen, daß ihrer Diskussion soviel Zeit gewidmet wurde. Trotzdem muß wohl jeder unbefangene Beobachter von Brighton sagen, daß der Verlauf der Debatte und vor allem ihre Einleitung durch die eineinhalbstündige Rede des Parteiführers Gaitskell überraschend gewesen ist. Es ist bekannt, daß ein Teil der Labour Party gegen den Beitritt Großbritanniens ist. Ein anderer Teil ist dafür, und zwar auf einem schnellen, von Erörterungen nicht erschweren Wege, und ein großer Teil, vielleicht der größte, ist noch in ungewisser Unsicherheit, weil die Konsequenzen des Beitritts für Großbritannien ihm noch nicht klar genug erscheinen.

Diese Meinungsverschiedenheiten drücken sich klar aus in dem Resolutionsvorschlag, den der Vorstand der Labour Party dem Kongress unterbreitet hat. Es ist ein Dokument von beinahe vier eng bedruckten Seiten. Sein Inhalt besagt, daß die EWG zwar in vieler Hinsicht und vor allem in ökonomischer Hinsicht einen beachtenswerten Fortschritt gezeigt hat, daß aber, soweit es Großbritannien betrifft, eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden müßten, ehe Großbritannien sich entschließen sollte, den Beitritt zu vollziehen.

Die erste Bedingung ist Sicherheit für Großbritannien und für die Partner im Commonwealth, den eigenen Handel aufrechtzuerhalten. - Der zweite Punkt betrifft die Freiheit der britischen Außenpolitik, die nicht durch den Beitritt zur EWG behindert werden darf. - Der dritte Punkt nennt die Sicherung der Beziehungen zur EFTA, die Großbritannien nicht einfach abbrechen soll. - Der vierte Punkt bezieht sich auf das Recht, die englische Ökonomie unabhängig von anderen Beziehungen zu planen, und die fünfte Forderung bezieht sich auf den Schutz der englischen Landwirtschaft.

Überraschung: Gaitskells Rede

Alle dies sind Bedingungen, über die sich wahrscheinlich reden ließe. Die Resolution läßt sie ziemlich in der Schwebe; ein klares JA oder NEIN wird vermieden.

Sehr viel anderes dagegen war die Rede des Oppositionsführers Gaitskell, der zwar betonte, es sei Hoffnung vorhanden, daß Großbritannien der EWG beitreten würde. Die jetzigen Bedingungen genügten jedoch auf keinen Fall, und wenn nicht andere Bedingungen klar und deutlich erfüllt würden, könne man den Beitritt nicht vollziehen. Schließlich enthielt Gaitskells Rede die Behauptung, daß England gar nicht genötigt

sei, auf Grund seiner Ökonomie der EWG beizutreten. Wenn es gewisse Schwierigkeiten in der britischen Wirtschaft gäbe, so läge das eben an den falschen Planungen oder an der Abwesenheit jeder Planung seitens der konservativen Regierung. Wenn diese Regierung durch eine Labour Party abgelöst würde, könne man alle diese Nachteile beheben.

Die Rede Gaitskells ist, gewollt oder ungewollt, von allen unbefangenen Zuhörern mehr als eine Absage an die EWG verstanden worden als eine Vertröstung auf die Zukunft.

Interessant war, daß in der Debatte eine Reihe von Rednern auftrat, die Gaitskell nicht offen widersprachen. Das verbot sich schon deshalb, weil der Kongress Gaitskell eine geradezu aufsehenerregende Ovation darbrachte. Trotzdem muß festgestellt werden, daß ein erheblicher Teil der Diskussionsredner, darunter auch namhafte Gewerkschaftsvertreter, mehr der Meinung zuneigten, Großbritannien gehöre in die EWG. Der Ton lag bei diesen Rednern mehr darauf, daß sich der Beitritt Englands als nötig erweisen würde, und daß sie es begrüßen würden.

Motive der Opponenten

Einige der Gründe, die angeführt wurden und die angeblich den Beitritt Englands erschweren, sollen hier kurz angedeutet werden. Zunächst ist wohl eine der Hauptschwierigkeiten die Vorstellung auf englischer Seite, daß sich Großbritannien auch der politischen Vereinigung Europas anschließen, also Mitglied einer Europäischen Föderation werden sollte. Gaitskell nannte diese Konzeption "einfach unmöglich", weil, wie er meinte, damit die englische Geschichte von Jahrhunderten einfach beiseite geschoben würde. Diese Frage bewegt sicher sehr viele Engländer. Sie könnte nur gelöst werden durch eine Verständigung innerhalb des britischen Volkes und der Labour Party selbst. Zunächst aber steht mit dem Eintritt Großbritanniens in die EWG nicht diese Frage im Vordergrund, denn wie ein föderiertes oder vereinigt Europa einmal aussehen kann, wird zum großen Teil auch davon abhängen, wie diejenigen, die Mitglied dieser Gemeinschaft sind, sich über alle Einzelheiten verständigen werden. Sie werden auch unter den kontinental europäischen Ländern noch auf eine Reihe von Schwierigkeiten stoßen.

Ein anderes Argument war, daß es heute darauf ankäme, mehr nach innen zu sehen als nach aussen, was bedeutet, daß man der Auffassung ist, die EWG sei eine Art von selbstgerügtem Zusammenschluß, der mehr daran liege, was innerhalb der Gemeinschaft geschieht, als wie ihre Beziehungen nach aussen sind.

Schon dies ist in dieser Allgemeinheit und Simplizität unbegründet, denn keines der EWG angeschlossenen Länder hat seine Hilfe weder im Handel noch in der ausgesprochenen Hilfe etwa für die Entwicklungsländer abgesetzt.

Es war das neugewählte Vorstandsmitglied Wedgwood Benn, der im Blick auf die EWG sagte, die regionale Lösung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie etwa in der EWG vorhanden seien, sei nicht genug; die Schwierigkeiten, die heute vor uns stünden, seien "weltweit" und könnten daher nur "weltweit" gelöst werden. So richtig das ist, so sehr muß doch gesagt werden, daß die regionale Lösung der EWG, also der europäischen Sechis, mindestens über die bisherigen Lösungen hinausgeführt hat, in der praktisch jedes Land für sich auf seinen Vorteil ausgewiesen ist.

Gegenströmungen

Die englische sozialistische Zeitung "Commentary" erinnert mit Recht daran, daß schon dieses Zustandekommen der Sechser verdient, mehr hervorgehoben zu werden als bisher, weil es ja stets ein sozialistisches Ziel gewesen ist, die nationalen Souveränitäten zugunsten großer Ordnungen abzubauen. Sicher aber ist vor allen Dingen, daß das was Großbritannien immer mit Recht oder weniger Recht an der EWG auszusetzen hat, im wesentlichen nur geändert werden kann, wenn Großbritannien selbst Mitglied der Gemeinschaft wird, denn natürlich wird das Wort eines Mitgliedes der Gemeinschaft mit weit mehr Interesse und Respekt angehört als das einer Nation, die von ausserhalb opponiert. Es gibt auch eine Reihe Stimmen innerhalb der Labour Party die für eine grössere Bereitschaft sind, nicht nur für Diskussionen, sondern die auch in der Fragestellung schon, nämlich in der Frage von Bedingungen, zu grösserer Vorsicht raten als dies aus Gaitskells Rede herauszuhören war. Schon die Rede des zweiten Vorsitzenden der Partei, Georges Brown, war ein deutliches Anzeichen dafür; obwohl er nicht offen gegen diese Rede Gaitskells opponierte, stellte er jedoch sowohl an ihr als auch an den Beiträgen einer Reihe von Diskussionsrednern klar, daß die Formulierungen des Vertrages von Rom durchaus nicht so ausgelegt werden müssen, wie es von vielen Rednern geschehen sei.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Haltung der Führung der Labour Party in der Frage des Beitritts zur EWG weit überschattet wird durch ihren Kampf gegen die Regierung Macmillan. Es scheint so, daß Beitritt oder Nichtbeitritt Englands zur EWG eine der großen Fragen werden soll, die für den Ausgang der Wahlen, die bisher noch nicht festgesetzt sind, von Bedeutung sein werden.

Großbritannien darf nicht fehlen

Aber unabhängig von den Auseinandersetzungen zwischen der Labour Party und der Regierung hat die Frage des Beitritts Englands zur EWG auch eine in sich selber geschlossene und quasi eigengesetzliche Bedeutung. Es geht hier für jedes Land um grössere Dinge als nur um nationale, wobei hier noch besonders in Betracht zu ziehen ist, daß Norwegen und Dänemark, die an sich geneigt sind, der EWG beizutreten, dies nur tun wollen, wenn auch Großbritannien das tut. Für das Gedeihen ganz Europas und damit auch für das Gedeihen Großbritanniens, wird also diese Frage auf die Dauer nur vor ihren sachlichen Notwendigkeiten her geprüft werden können; wir glauben, daß Großbritannien bei der Lösung der europäischen Aufgaben, die vor uns stehen, nicht fehlen darf. Und man kann auch sicher sein, daß das, was an wirklichen Bedenken vorläufig gegen den Beitritt Englands zur EWG besteht, durch vernünftige Verhandlungen ausgeräumt werden kann, so daß von da aus auch Schritte über die EWG hinaus zum gemeinsamen Fortschritt aller Länder der demokratischen Welt unternommen werden können.

Freiburg und Fürstenfeldbruck

sp - Mit 64,1 Prozent der Stimmen hat die Bevölkerung der Schwarzwaldmetropole Freiburg den aus Karlsruhe stammenden Sozialdemokraten Dr. K r e i d e l zum Oberbürgermeister gewählt. Der CDU-Kandidat und bisherige Bürgermeister Freiburgs, Dr. Graf, erhielt nur 34 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1961 entfielen auf die Sozialdemokratie in Freiburg 33 Prozent der Stimmen; der Stimmengewinn beträgt also fast das Doppelte. Wenn man auch eine solche Persönlichkeitswahl wie die des OB nicht unbedingt mit einer Bundestagswahl vergleichen kann, so ist doch der sozialdemokratische Wahlsieg vom vergangenen Sonntag sehr beachtlich. Zweifellos ist dieses Ergebnis auf den von den Freiburger Sozialdemokraten trotz unsachlicher und unfairer Angriffe der Gegenseite mit ausschließlich sachlichen Argumenten geführten Wahlkampf zurückzuführen. Die Bürger haben es satt, Politiker an der Spitze ihrer Gemeinwesen zu sehen, die durch ihr Verhalten zeigen, daß sie die großen Gemeinschaftsaufgaben unseres Volkes nicht erkennen.

Auch in F ü r s t e n f e l d b r u c k, der Garnisonstadt und der Wahlkreisstadt des CSU-Abgeordneten Dr. Jaeger, hat der Sozialdemokrat B u c h a u e r mit 51 Prozent der abgegebenen Stimmen die Wahl zum Bürgermeister gewonnen. Auch hier bestätigte sich das unaufhaltsame Vordringen der Sozialdemokratie.

Ein grosses tapferes Leben ist erloschen

sp - Über dem letzten Lebensjahr von Anna Nemitz lagen Trauer und Tragik. Ihr, die oft in Kreise Westberliner Gesinnungsfreunde als gefeierter Ehrengast an Veranstaltungen der Berliner Sozialdemokratie teilnahm, war durch die Mauer verwehrt worden, das letzte Jahr bei den ihr nahestehenden Menschen zu verbringen. Die 89jährige wohnte in Ostberlin, geachtet und geehrt von allen, die ihre Lebensgeschichte kannten. Anna Nemitz gehört zu den wahrhaft großen Gestalten der deutschen Sozialdemokratie und zu den Bahnbrechern für die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau im Staate. Die gebürtige Ostpreussin, aus einer Arbeiterfamilie stammend, erfuhr in jungen Jahren die Bitternis des damaligen Dienstmädchenschicksals. Das erste Mal erregte sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, als sie im Jahre 1903 auf einer großen Protestkundgebung gegen Unterdrückung und Polizeivillkür auftrat. Von 1920 bis 1933 vertrat sie im Reichstag den Wahlkreis Görlitz-Diehlitz. Zusammen mit Luise Schröder und Maria Juchacz gründete sie die Arbeiterwohlfahrt. Im zweiten Weltkrieg verlor Anna Nemitz ihren ältesten Sohn, ein zweiter kam schwer verwundet zurück, den Hans ihrer Tochter hetzte die Gestapo zu Tode. Trotz dieser schweren Schicksalsschläge stand sie nach dem Zusammenbruch wieder in den vordersten Reihen der Berliner SPD und vertrat als Abgeordnete im Berliner Senat den Wahlkreis Köpenick. In Anna Nemitz Leben spiegelt sich die Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie in ihren Höhepunkten und Verfolgungszeiten. Diese tapferen Frau, die ihr Leben der Freiheit und Gerechtigkeit widmete, mußte ihren Lebensabend in Unfreiheit verbringen.

+ + +

Restaurative "Linke" im neuen Europa

Von Waldemar Ritter

Da waren sie alle wieder einmal beisammen, die Damen und Herren der sogenannten "Sozialistischen Fördergesellschaft" und die des sogenannten "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes". Sie haben mittlerweile auch schon ein paar Freunde aus England, Italien, aus der Schweiz und aus Dänemark aufgetrieben. Einer von ihnen meinte: "Wirklich links stehen heute nur noch ein paar Anarchisten, Pazifisten und vereinzelte Sozialisten".

Welch eine kluge Einschätzung der wenn auch unbeachtlichen so doch eigenen Anhängerschaft. Freilich, wenn dieser Herr statt "vereinzelte Sozialisten" Kommunisten gesagt hätte, dann könnte er auch terminologisch das Prädikat "sehr gut" für seine Kurz-Analyse bekommen.

Wenn diese Selbsteinschätzung der sogenannten "Neuen Linken" richtig ist - wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln - bleibt nur noch die Frage offen, wie man sich angesichts dieses Tatbestandes als "Neue Linke im restaurativen Europa" bezeichnen kann. Denn eins erscheint uns sicher, diese Leute sind weder neue noch links. Sie sind, allgemein gesprochen, in ihrer ideologischen Konformität und in ihrer restaurativen Gesinnung alte Bekannte - Offiziere ohne Soldaten.

Wie schon bei früheren Gelegenheiten, so fehlte es auch bei der Frankfurter Versammlung vom letzten Samstag nicht an Grotesken, die ihresgleichen suchen. So verlangte man beispielsweise, dass sich alle Kräfte der "Neuen Linken" eng zusammenschließen müßten, um die EWG und damit den europäischen Zusammenschluß zu verhindern.

Restaurativer geht es nicht mehr! Aber ob bei Reden über die Europa- oder die Deutschlandfrage: die aufmerksam lauschenden Kommunisten klatschten Beifall und das, obwohl man sich zuvor gegen das SED-Regime ausgesprochen hatte. Sie konnten das sicherlich guten Gewissens tun, denn der Stalinismus wird ausserhalb der Sowjet-Zone von Moskau nicht mehr gefördert. Wie armselig ist eine derartige Haltung. Armselig selbst für Anarchisten, Pazifisten und, wie sie sagen, "vereinzelte Sozialisten". Was übrig bleibt, ist nicht die "Neue Linke im restaurativen Europa", sondern ein kleines Häufchen von Leuten, das eher die Bezeichnung "restaurative Linke im neuen Europa" verdient.